

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/22

3. Februar 1976

Das "unwürdige Spiel" der CDU/CSU

Agitation gegen Polen-Verträge gefährdet unser Ansehen

Seite 1 / 46 Zeilen

Bayerns Hochschulszene wird durchleuchtet

Sozialdemokratische Initiative erzwingt zwei Untersuchungsausschüsse

Seite 2 und 3 / 84 Zeilen

Das neue Parteiprogramm der SED

Analytische Untersuchung einer geänderten Politik

Von Walter Osten

Seite 4 bis 7 / 189 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Ehard Ebert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 129 409
Postkassen 1, Stempel 217-224
Telefon: 37 66 57 - 25
Telex: 25 25 04 - 45 pppn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Das "unwürdige Spiel" der CDU/CSU

Agitation gegen Polen-Verträge gefährdet unser Ansehen

Der SPD-Vorsitzende hat in tiefer Empörung den Unions-Parteien ein "unwürdiges Spiel" mit den Polen-Verträgen vorgeworfen und mit aller Eindringlichkeit davor gewarnt, nicht nur das internationale Ansehen des deutschen Volkes, sondern darüber hinaus sogar seine gesicherte Zukunft aufs Spiel zu setzen. Man kann die Gefühle und Sorgen Willy Brandts nahtlos nachvollziehen, wenn man die Polenvertrags-Äußerungen aus dem Unions-Lager nachliest und dabei feststellt, daß sich hier unkontrollierte Emotionen, nicht zuletzt gegen die sozialliberale Bundesregierung, und wilddurcheinandergerüfelte Argumente höchst unterschiedlicher Gewichtigkeit ein erstaunliches Rendezvous geben. Dabei ist auch nicht der Ansatz zu einer durchgängig rationalen Begründung zu finden, geschweige denn eine brauchbare und konstruktive Alternative, die, das muß nun allerdings zugegeben werden, mangels Masse de facto auch gar nicht aufgebaut werden könnte. Und so bleibt es beim Nein, aus dem man sich, so gern man es hier und da auch tun würde, kaum noch herausfinden kann, wenn man die Masse der Bundestagsfraktion und die CSU vor allem im Auge hat.

Die anderwärts, beispielsweise von der Jungen Union des Saarlandes artikulierte Stimme der Vernunft, läßt die stursten der Unter-alle-Umstünden-Nein-Sager freilich gleich wieder eifernd auf die Barikaden steigen. Diesmal ist es nicht Sonthofen, sondern Fürstfeldbruck, das völlig unverdientermaßen zum Symbol einer CSU-Politik gemacht wird, die das nationale und internationale Bild der Bundesrepublik zu einer Fratze zu verzerren droht. Der als unermüdlicher Verfechter der Todesstrafe bekannte CSU-Abg. Dr. Richard Jaeger hat allen Ernstes, den man einem Bundestagavizepräsidenten doch wohl zu unterstellen hat, gefordert, daß für die "Milliardenbeträge", die zur Realisierung der in den Verträgen für die polnischen Rentempfänger vorgesehenen Regelungen bereitgestellt werden sollen, nicht diesem sozial-humanitären Zweck zugeführt, sondern stattdessen "zur Verstärkung der Rüstung der Bundeswehr" verwendet werden sollen.

Eine Kommentierung gleich welcher Art dieser Jaeger-"Forderung" erübrigt sich, weil dieses Verlangen aus der finstersten CSU-Provinz vor aller Welt gegen seine Urheber spricht. Man wird schwerlich verlangen können, daß sich die CSU von diesem ihren rechtsaußenkonservativen Politiker distanzieren. Vermutlich gibt es in der CSU-Zentrale sowieso genügend gleichgesinnte Köpfe. Klarzustellen und festzuhalten aber bleibt, daß die Unionsleute mit Jaeger genau den Schritt zu weit gegangen sind, den man auch der CSU noch an Narrenfreiheit zubilligen kann. Das "unwürdige Spiel" wird zur offenen und vermutlich sogar bewußten Gefährdung der internationalen Position der Bundesrepublik und ihrer Menschen, für deren Sicherheit die sozialliberale Regierung verantwortlich ist. (e/3.2.1976/bgy/e)

+ + +

Bayerns Hochschulszene wird durchleuchtet

Sozialdemokratische Initiative erzwang zwei Untersuchungsausschüsse

"Es ist unverantwortlich, einerseits den Eltern der bayerischen Schüler zur Entlastung der Staatskasse Millionenlasten aufzubürden - die CSU-Mehrheit im Landtag hat die Aufhebung der Schulweg- und Lernmittelfreiheit durchgesetzt - , andererseits aber jahrelang auf ganz erhebliche Einnahmen zu verzichten. Dieser vermutlich etliche Millionen betragende Einnahmeausfall hat sich ergeben, weil sich das Kultusministerium der CSU-Regierung über zehn Jahre lang sachlich und personell nicht in der Lage sah, die von der Kultusministerkonferenz im Jahre 1974 empfohlene Neuregelung der Nebentätigkeitsverordnung zu erarbeiten, die in anderen Bundesländern inzwischen in Kraft getreten ist." Mit diesen Feststellungen umriß der stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Berthold Kamm, den Hintergrund der auf Antrag der Sozialdemokraten eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, die sich mit den Nebenbezügen der Hochschullehrer und der Praxis der Vergabe von Härtefall-Studienplätzen durch bayerische Universitäten befassen sollen.

Am Tag des Landtagsbeschlusses hatte die Berufsvertretung der Hochschullehrer (der Landesverband Bayern des Hochschulverbandes) scharfe Kritik an der Absicht der SPD geübt, die Nebenverdienste der Professoren unter die Lupe zu nehmen: Wohl sei es so, daß einzelne Hochschullehrer, vor allem Klinikdirektoren, Privateinkünfte erzielten, die Millionenhöhe erreichten, doch dürften solche Ausnahmen nicht dazu herangezogen werden, um "einen ganzen Berufsstand aufs neue zu diffamieren". Das gelte um so mehr, als das Gros der Hochschullehrer überhaupt keine Chance habe, aus ihrem Fach persönlich Kapital zu schlagen. Außerdem seien die Nebenverdienste rechtlich abgesichert und die Abgabe von Benutzungsgebühren an den Staat vorgeschrieben.

Verwundert fragte der Abg. Kamm, der zu den Initiatoren des SPD-Antrages gehört, warum sich "die Hochschullehrer einen Schuh anziehen, der nicht für sie, jedenfalls nicht für ihre überwiegende Mehrheit, sondern für die bayerische Staatsregierung geschuhtert" worden sei. Denn es seien die CSU-Kultusminister gewesen, die sich nicht nur geweigert hätten, der Empfehlung der Kultusminister der Länder vom Januar 1964 nachzukommen, sondern die auch Anfragen und Initiativen der Opposition mit oberflächlichen Argumenten abtaten. Das, so meinen Bayerns Sozialdemokraten, wiege um so schwerer, als auch der Oberste Rechnungshof, ein politisch neutrales Organ, mehrfach Kritik daran geübt hatte, daß die Neuregelung der Nebentätigkeit nicht erfolgt sei.

Die Untersuchungsausschüsse sollen folgende Fragenkomplexe klären: Umfang der Nebentätigkeit von Hochschullehrern, Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern, Höhe der daraus erzielten Privateinnahmen, Ausmaß der Inanspruchnahme staatlicher Einrichtungen und staatlichen Personals sowie Verbrauch staatlichen Materials für diese Arbeiten, Berechnungsgrundlage und Höhe der an den Staat abzuführenden Benutzungsgebühren. Ferner

sollen die Gründe erforscht werden, die die Abfassung einer Neuregelung für die auf diesem Gebiet noch geltenden veralteten Bestimmungen so ungewöhnlich verzögerten.

Die Sozialdemokraten erwarten den Erlass einer die Interessen der Gesellschaft respektierenden Nebentätigkeitsverordnung. Sie müsse gewährleisten, daß der Staatskasse nicht Einnahmen in unverantwortlicher Höhe entgehen, weil einzelne Staatsdiener - Hochschullehrer sind Beamte - ihre Fähigkeiten allzusehr zur Mehrung ihres eigenen Wohlstandes einsetzen. Welche Beträge dem Bundesland Bayern aufgrund der Verzögerung der Neuregelung bisher schon verloren gegangen sind, dürfte die Arbeit des Untersuchungsausschusses ebenfalls klarstellen. Man rechnet allerdings mit einer zeitlich sehr aufwendigen Tätigkeit des neunköpfigen Gremiums, und kaum jemand ist bereit, auch nur zu schätzen, wann die Aufgabe bewältigt sein wird.

Schneller, wahrscheinlich schon bis zum Sommer, könnte nach Ansicht sachkundiger Beobachter aber der zweite Ausschuß sein Pensum bewältigt haben. Er soll klären, wie Bayerns Universitäten ihr "Härtefall-Kontingent" an Studienplätzen zu vergeben pflegen. Angeregt wurde diese Untersuchung durch Gerüchte und Zeitungsberichte, die davon wissen wollen, daß beispielsweise an der Münchner Universität Kindern von "Prominenten" - oder solchen, die sich dafür halten - derartige Härtefall-Plätze zugeschanzt wurden. So soll ein junger Mann einen Studienplatz erhalten haben, der nach ZVS-Berechnungen die Note 1,6 erfordert, obwohl er es nur auf 3,9 brachte; dabei spielten Atteste von Ärzten eine Rolle, die dem Kaum-Durchschnittsschüler leistungsmindernde Krankheiten in der Vorbitur-Zeit bescheinigten.

Man wird die Härtefälle einzeln durchleuchten, um zu sehen, ob und wo "gemauschelt" wurde oder nicht (die Universität hat jegliche Unkorrektheit strikt von sich gewiesen). Der Ausschuß wird die Münchner CSU-Regierung aber auch fragen, ob irgendein Angehöriger irgendeines Ministeriums jemals schriftlich oder mündlich versucht hat, in Einzelfällen auf Entscheidungen über Härtefall-Einstufungen Einfluß zu nehmen. Außerdem bekam dieses ebenfalls neunköpfige Untersuchungsgremium durch einen Zusatzantrag der CSU-Fraktion den Auftrag, zu klären, ob und wie weit die Praxis der bayerischen Universitäten durch die Vergabe-Gepflogenheiten der Hochschulen anderer Bundesländer beeinflusst worden ist.

Die CSU stimmte der Einsetzung beider Untersuchungsausschüsse - nach dem Gesetz hätten sie auch gegen ihr Votum eingerichtet werden können - zu, weil sie dann den Vorsitzenden stellen kann. Während die Frage der Nebentätigkeit in anderen Bundesländern bereits geregelt ist, können sich, so meint man in München, aus den Ergebnissen der Härtefall-Untersuchungen möglicherweise auch Konsequenzen für andere Bundesländer ergeben.

Ingrid Burkert
(-/3.2.1976/ve/e)

+ + +

Das neue Parteiprogramm der SED

Analytische Untersuchung einer geänderten Politik

Von Walter Osten

Es ist nicht zu leugnen: Die Programmkommission der SED hat ganze Arbeit geleistet. Von dem letzten, im Jahre 1963 angenommenen, inzwischen in unwesentlichen Punkten geänderten Programm und Statut ist nicht mehr viel übrig geblieben. Ganze Passagen fielen der Änderung der SED-Politik zum Opfer, andere erhielten neue, manchmal verstärkte, manchmal aber auch abgeschwächte Akzente. Einige im letzten Jahrzehnt entstandene Probleme in der kommunistischen Weltbewegung werden mit Stillschweigen übergangen.

Gestrichen wurden aus dem Programm alle Passagen, die die SED als "Partei der nationalen Würde und nationalen Einheit" bezeichneten, die "unverrückbar an ihrem Ziel der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands festhält". Nur der Name der Partei und der Titel ihres Zentralorgans sind unverändert geblieben. Beides deutet darauf hin, daß die SED den im alten Programm verkündeten Anspruch noch nicht aufgegeben hat, mit der "umfassenden Verwirklichung des Sozialismus die feste Grundlage dafür zu schaffen, daß in ganz Deutschland die Partei der Arbeiterklasse die Führung übernimmt". Aber solche oder ähnliche Formulierungen, die auf den gesamtdeutschen Führungsanspruch der SED hindeuten, sind in dem neuen Programm nicht mehr zu finden. Auch die im alten Programm enthaltenen Vorbehalte, daß "der umfassende Aufbau des Sozialismus und der Übergang zum Kommunismus in der DDR... aus der besonderen historisch gewachsenen Situation in dem gespaltenen Deutschland... besonderen Bedingungen" unterworfen ist, sucht man im neuen Programm vergeblich.

Mit der Bundesrepublik beschäftigt sich das neue SED-Programm nur in einem Absatz. Dort werden die "friedliche Koexistenz", die "Normen des Völkerrechts" und "eine Politik der gegenseitigen Achtung und Souveränität" als Grundlage der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten bezeichnet. West-Berlin, zu dem "die Beziehungen der DDR... weiter zu normalisieren" sind, wird mit zwei Sätzen erwähnt. Die seitenlangen Polemiken gegen die Bundesrepublik, die noch im letzten Programm enthalten waren, finden sich nicht mehr. Dort war der westdeutsche Staat als die "militärisch-klerikale Diktatur der... reaktionärsten Monopolgruppen" bezeichnet worden; nach dem Statut von 1963 war die SED "die stärkste... führende Kraft von allen Parteien Deutschlands". Selbst die westdeutschen und West-Berliner "Bruderparteien", denen die SED im letzten Programm noch "brüderliche Verbundenheit" zugesichert hatte, werden im neuen Programm nicht mehr namentlich erwähnt.

Mit der Sozialdemokratie beschäftigt sich das Programm an zwei Stellen. Die im alten Programm enthaltene Formulierung, "rechte Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften" leisteten der "imperialistischen Großbourgeoisie" bei der Durchführung ihrer "antinationalen, den Interessen der Arbeiterklasse widersprechenden Politik Hilfestellung", ist im neuen Programm nicht mehr übernommen worden. Dafür wird die an sich unlogische These vertreten, daß die "Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und des Friedens" die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit "imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Theorien"

verstärkt habe. Den gleichen Sozialdemokraten, denen das SED-Programm das Züchten von Illusionen über "Klassenharmonie, soziale Sicherheit, Demokratie und Gerechtigkeit" vorwirft, werden dann am Schluß "Zusammenarbeit", "gemeinsame Initiativen" zum Schutz der "Lebensinteressen der Völker an Sicherheit und friedlicher Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt" angeboten.

Interessant ist die Distanzierung von den großen kommunistischen Parteien Westeuropas. Daß das Programm sich mit Theorien beschäftigen würde, die die KP Italiens, Frankreichs und Spaniens und auch einige andere kommunistische Parteien Westeuropas von der SED trennen, war nicht zu erwarten. Aber daß die von den meisten kommunistischen Parteien Westeuropas neuerdings abgelehnte und aus deren Programmen entfernte Formel von der "Diktatur des Proletariats" bereits in der Präambel des neuen SED-Programms wiederholt und der "sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern als eine Form der Diktatur des Proletariats" bezeichnet wird, das muß man angesichts der Diskussionen um die geplante Konferenz der kommunistischen Parteien Europas schon fast als eine Herausforderung betrachten. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß an die Stelle der früheren Beteuerung, die SED werde "stets bestrebt" sein, "die Bande der Freundschaft und der internationalen Solidarität mit der Arbeiterklasse Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens und der anderen kapitalistischen Länder Europas" zu stärken, die summarische Formulierung getreten ist, die SED werde "ihre brüderlichen Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern festigen", dann darf man daraus schließen, daß der Interessen- und Ideologiekonflikt mit den vorher namentlich erwähnten kommunistischen Parteien als unüberwindlich gilt.

Dieser unausgesprochene Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze SED-Programm. Seine Verfasser beteuern zwar, daß die SED "eine feste und untrennbare Abteilung der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, eine Partei des proletarischen Internationalismus" sei. Untersucht man aber in den fünf Abschnitten des Programms, worauf sich diese Beteuerungen beziehen, so stellt man fest, daß an die Stelle der internationalen zwei begrenztere Orientierungspunkte getreten sind: die KPdSU bzw. die Sowjetunion und die "sozialistische Staatengemeinschaft". Die Präambel nennt die KPdSU die "erprobteste und erfahrenste kommunistische Partei"; in weiteren Text wird sie dann als "Hauptkraft der sozialistischen Gemeinschaft", "unbesiegbare Kraftquelle der internationalen Arbeiterbewegung" und "Pionier des menschlichen Fortschritts" bezeichnet. Ähnliche Hymnen wiederholen sich in den Passagen über die Landwirtschaft, den Außenhandel, die "sozialistische Integration", die Verteidigungspolitik - hier wird "militärische Meisterschaft und eiserne Disziplin" von der Volksarmee gefordert -, und bei der Schilderung des "Übergangs zum Kommunismus". Hier ist dann nicht mehr vom Staat Sowjetunion, sondern von der KPdSU die Rede, deren "Beschlüsse und Erfahrungen" für die SED maßgebend sind. Daß zu diesen als vorbildlich gepriesenen Beschlüssen auch das Programm der KPdSU von 1961 gehört, in dem für das Jahr 1971 der "Übergang zum Sechstuentag bzw. zur Dreißigstundenwoche", "unentgeltliches Gaststättenessen" und "unentgeltliche Benutzung der Wohnung und der Verkehrsmittel" angekündigt wurden, darüber schweigen die, die auch nach dem neuen Programm die Haltung zur KPdSU und zur Sowjetunion als "Prüfstein für die Treue zum Marxismus-Leninismus" betrachtet wissen wollen.

Erst nach der Sowjetunion rangiert denn die "sozialistische Staatengemeinschaft". Die Annäherung an ihre Nationen wird als Korrelet des "Auf-

blühens der sozialistischen Nation" in der DDR bezeichnet, sie selbst als "das Beispiel für die künftige Weltgemeinschaft freier und gleichberechtigter Völker" vorgestellt.

Natürlich beschäftigt sich der größte Teil des Programms mit den Aufgaben der SED als Staatspartei. Analog zu den Ulbricht'schen zehn "Grundsätzen der sozialistischen Ethik und Moral", die das alte Programm zierten, im neuen aber nicht enthalten sind, werden zehn Merkmale der "entwickelten sozialistischen Gesellschaft" genannt. An erster Stelle steht dabei das "ökonomische Grundgesetz des Sozialismus", nach dem die "Hauptaufgabe... in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes... auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion... und des Wachstums der Arbeitsproduktivität" besteht. Daß es ein SED-Parteitag einst als "ökonomische Hauptaufgabe" bezeichnet hatte, den Lebensstandard der Bundesrepublik einzuholen und zu überholen, davon ist im neuen Programm keine Spur mehr zu entdecken.

"Wachstum der Arbeitsproduktivität", das heißt "wachsende Arbeitsleistung", ist der Angelpunkt des Wirtschafts- und Sozialprogramms der SED. Von ihr werden "schrittweise Verbesserung des Lebensniveaus aller Werktätigen", Lösung der Wohnungsfrage "bis 1990", "schrittweiser Übergang zur Vierzigstundenwoche", "Minderung sozialer Unterschiede" und eine Reihe sozialer Reformen abhängig gemacht. Nun ist zwar die DDR im RGW-Bereich der Staat, der bei der Steigerung des Nationaleinkommens mit dem höchsten Anteil an Erhöhung der Arbeitsproduktivität aufwarten kann. Aber welche gewaltigen Anstrengungen notwendig sein werden, um das im Plan für 1976 vorgesehene Wachstum des Nationaleinkommens um 5,3 vH zu erreichen, das hat der SED-Sekretär Erich Honecker erst vor kurzem mit einer Philippika gegen den Bürokratismus im Partei- und Staatsapparat angedeutet, die er vor den Kreissekretären der Partei hielt. Auch das Programm geißelt "Erscheinungen bürokratischen und herzlosen Verhaltens", "Egoismus und Raffgier" derer, die sich "auf Kosten der Gesellschaft bereichern" wollen.

Ansonsten geht das SED-Programm mit konkreten Versprechungen sparsam um. Die Blasen während der Ulbricht-Zeit in der DDR und der Chruschtschow-Zeit in der Sowjetunion haben ihre Wirkungen nicht verfehlt. Immerhin fällt auf, daß bis zur Vollendung des "sozialistischen Aufbaus" noch einige Sozialleistungen verwirklicht werden sollen; so zum Beispiel: "Verbesserung der Lebensbedingungen der Rentner", "Übergang zur Vierzigstundenwoche" und "die Bürger sollen den Arzt ihres Vertrauens wählen können" -, die in der Bundesrepublik längst realisiert wurden.

Dieser Teil des SED-Programms enthält auch manche Forderungen, deren Verwirklichung angesichts der in der DDR herrschenden Verhältnisse fraglich scheinen, so zum Beispiel die "Gewährleistung der Rechtssicherheit". Positiv kann man dagegen das Versprechen "verständnisvollen Verhaltens gegenüber den Künstlern" sowie zur "Förderung aller Talente" unter ihnen werten.

Ideologisch überbaut wird der konkrete Teil des SED-Programms durch die Formel von der "sozialistischen Nation", die sich "mit der soziali-

etischen Umgestaltung herauszubilden begenn". Diese These gilt als sakrosankt, ungeachtet der Tatsache, daß andere kommunistische Parteien über die Einheit ihres Volkes, auch wenn sie zur Zeit nicht besteht, anderer Meinung sind. Im Namen der "sozialistischen Nation" wird aus der Geschichte der Deutschen alles "Große und Edle, Humanistische und Revolutionäre" für die DDR beschlagnahmt, die es "in Ehren bewahrt und weiter fortführt". Von hier aus werden dann Impulse für die "Patrioten ihres sozialistischen Vaterlandes" und für die "sozialistische Lebensweise" abgeleitet, zu der insbesondere die Jugend erzogen werden soll.

Inspirator und Führer des ganzen Prozesses ist die Partei. Sie ist nach den Autoren "der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes", die "Erbin alles Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes". Sie "führte" oder "führt" alles: die "antifaschistisch-demokratische Umwälzung", die "Wende zum Sozialismus", die "sozialistische Nation", die Genossenschaftsbauern, die Intelligenz und "alle anderen Werktätigen". Aber auch die "Führer" haben ihre "Kraftquelle": Nicht nur die KPdSU, sondern auch die "Schöpferkraft des Volkes", auf die die Partei "lehrend und zugleich lernend vertraut".

An dieser Stelle findet sich dann der Satz: "Der wichtigste Grundsatz der Tätigkeit der Leitung der Partei heißt Kollektivität." Er steht in einem gewissen Gegensatz zu der Bestimmung des neuen SED-Statuts, nach der der bisherige "Erste Sekretär" zum "Generalsekretär" befördert werden soll. Wer die Geschichte der KPdSU und der SED kennt, in der mit dieser Bezeichnung immer eine Mißachtung des Prinzips der Kollektivität verbunden war, kann die Bedeutung dieser Umbenennung für die Machtfülle ermessen, die der zukünftige Generalsekretär haben wird.

Das SED-Statut enthält übrigens eine Neuigkeit, die den inneren Zustand der SED an den von Parteien wie etwa der KP Ungarns annähert, sie aber von der KPdSU entfernt: In Zukunft kann man nicht nur, wie bisher, aus der SED gestrichen oder ausgeschlossen werden, sondern auch austreten. Damit wird eine Bestimmung wiederaufgenommen, die das bis 1954 gültige Parteistatut enthielt und zwar als Konzession an ehemalige Sozialdemokraten, die Mitglieder der SED geworden waren. Da das Statut ansonsten nach den Grundsätzen des "demokratischen Zentralismus" aufgebaut ist, der die tatsächliche Herrschaft der obersten über die unteren Parteeinheiten garantiert, wird sich an dem Klima innerhalb der 1,9-Millionen-Partei nichts ändern. (-/3.2.1976/wi/hh)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller